

Satzungsbeschluss für „Edeka-Fleischwerk“ gefasst

Gemeinderat Rheinstetten: Nur vier Gegenstimmen zum Plan

Von unserem Redaktionsmitglied
Ulrich Krawutschke

Rheinstetten. Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat Rheinstetten gestern Abend den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Edeka-Fleischwerk“ gefasst und damit einen weiteren wichtigen Schritt für die Realisierung des Projektes vollzogen, nachdem wie bereits berichtet am Montag vom Regierungspräsidium Karlsruhe die Änderung des Flächennutzungsplanes durch den Nachbarchaftverband genehmigt und am 7.

Mai der Grundstückskaufvertrag zwischen Land Baden-Württemberg und Edeka notariell beurkundet worden war. Gebilligt wurde vom Gemeinderat in der überraschend schwach besuchten Sitzung auch eine Vereinbarung zwischen Stadt und Land, wonach Rheinstetten aus dem Verkaufserlös des Grundstückes (13,5 Millionen Euro) eine Wertabschöpfung von 20 Prozent, also rund 2,7 Millionen Euro, erhält.

Den Weg zur gestrigen Entscheidung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Edeka-Fleischwerk“ hatte gestern das Verwaltungsgericht Karlsruhe frei gemacht. Es hat einen Eilantrag der Freien Wähler Rheinstetten (FWR) vom Montag (wir berichteten), den Satzungsbeschluss vorerst zu verhindern, abge-

lehnt. Eine Begründung will das Gericht in den kommenden Tagen nachliefern. „Ich bin froh darüber und habe kein Verständnis dafür, dass überhaupt vor Gericht gegangen wurde“, sagte Rheinstettens Oberbürgermeister Sebastian Schrempf, während Bernd Fuhrmann, Pressesprecher der FWR, die Entscheidung bedauerte. „Es ist schade, dass eine Begründung erst nachgeliefert wird“, bemängelte er.

Jürgen Mohrhardt sprach seitens der CDU von einem „sauber abgelaufenen Verfahren“, dessen Ergebnis die Region hinsichtlich der Arbeitsplätze und Rheinstetten in

Rheinstetten erhält vom Land 2,7 Millionen Euro

seinen Finanzen stärken wird. Wolfgang Knoch (SPD) bezeichnete die Planung als „zustimmungsfähig“. Gegen den Bebauungsplan stimmten die ULR-Vertreter Gerd Waidner und Manfred Rihm sowie Julia Kühn und Christopher Essig von der CDU. Sie führten unter anderem den hohen Landschaftsverbrauch als Gründe an. Essig forderte nach der Kommunalwahl ein Nutzungskonzept für die übrigen Landesflächen.

Nach anfänglichem Widerstand, so Bürgermeister Clemens Hauk, sei das Land den Argumenten von OB Schrempf gefolgt, wonach die Fläche durch Vorleistungen der Stadt (Messe-tunnel, Querspange, Bereitstellung von Ausgleichsflächen) wertvoller geworden sei und dies eine Wertabschöpfung rechtfertige.